Nr. 7 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 9. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13807, 17100. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2006. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 62 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundzeile 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Streifbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die neue Streikwelle

Aus allen Teilen des Reichs kommen Hiobsposten. Gestern ist der Eisenbahnverkehr zum Teil schon stillgelegt, aber in Berlin wird unermüdlich weiterverhandelt. Die Eisenbahner weisen darauf hin, daß sie seit Dezember 1918 nicht mehr mit Lohnerhöhungen bedacht worden sind. Seitdem habe die Geldentwertung schon gefährlich zugenommen. Wenn die Angestellten der Verkehrsbetriebe nunmehr die Schuld verlieren, so ist ihnen an sich kein Vorwurf zu machen. Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, hat die Lohnbewegung der Eisenbahner vor allem wirtschaftlichen Charakter.

Ihre Ursachen sind aber nicht leicht zu beseitigen, denn die Eisenbahnen arbeiten heute schon mit starken Zubußen. Die Mittel für die neuen Lohnerhöhungen lassen sich durch Hinaufsetzung der Tarife nicht hereinbringen. Abgesehen davon, daß die Verteuerung der Tarife wieder zu einer Verteuerung aller andern Leistungen und Waren führen müßte, wäre auch mit einem Rückgang der Eisenbahn zu rechnen. — Die Streikbewegung, soweit sie nach den vorliegenden Meldungen zu übersehen ist, wächst sich zunächst weiter aus. Sie greift im Westen um sich und geht auf die Ostgebiete des Reichs, Ostpreußen und Schlesien, über. Am Mittwoch abend standen bereits

200 000 Eisenbahner im Ausstand

Neu liegen folgende Privattelegramme vor:

⊖ **Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Eisenbahnerbewegung im Reiche hat gestern auch auf die östlichen Direktionsbezirke übergegriffen. Sowohl im Bezirk Königsberg wie im Breslauer Bezirke hat ein Teil der Eisenbahnarbeiter der Betriebswerkstätten gestern die Arbeit niedergelegt.**

* **Elberfeld, 7. Januar. Die Bahnhöfe des Eisenbahnbezirks Elberfeld haben ihren Dienst eingestellt. Es verkehren nur noch Milchzüge. Die notwendigsten Arbeiten werden ausgeführt.**

⊖ **Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)** Beim Eisenbahnminister sind Eingaben der Beamtenvereine der Staatsbahnen eingegangen, die sich mit der Neuregelung der Gehalts- und Pensionsbestimmungen befassen. Die Auffassung im Eisenbahnministerium ist, daß sich mit einer nur 100- bis 150prozentigen Erhöhung der Fahrpreise und Gütertarife die Finanzierung des Eisenbahnetats nicht bewerkstelligen lassen wird.

⊖ **Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach am Spätabend hier vorliegenden Meldungen sind rund 200 000 Eisenbahner Preußens in den Streik getreten. Auch in Berlin sind für morgen Versammlungen der radikalen Eisenbahner einberufen, um zu der Streikfrage Stellung zu nehmen.**

Zwischen sämtlichen Frankfurter Eisenbahnerorganisationen ist in Anbetracht der gemeinsamen Interessen bei der Eisenbahnerbewegung Frieden geschlossen worden. Die Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie die Bewegung als Existenzkampf aller Eisenbahner bezeichnen. Sie weisen darauf hin, daß den Eisenbahnern seit Dezember 1918 keinerlei Lohnerhöhungen gewährt wurden. Alle Parteien werden um Unterstützung der Forderungen der Eisenbahner ersucht. — Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof wird namentlich der Ortsverkehr wesentlich gehemmt. — Die „Köln. Ztg." meldet aus Düsseldorf: Der Zugang zum Hauptbahnhof wurde gestern vormittag gesperrt. Es werden nur noch wenige Reisende aus dem Gebäude herausgelassen, die mit den Zügen von auswärts hier eintreffen. Fahrkarten werden nicht mehr ausgegeben. Auch die Postverbindung mit der Eisenbahn hat hier aufgehört. Die Leitungen der Eisenbahnergewerkschaften haben bisher den Ausstand noch nicht ausgerufen. Auch die Bezirksleitung in Elberfeld steht zur Zeit zu einem Ausstand noch ablehnend. Die Meldung der mehrheitssozialistischen „Freien Presse", daß auch die Beamten im Düsseldorfer Bezirk den Ausstand beschlossen hätten, ist nicht begründet. Die Beamten sind aber, wie aus den führenden Kreisen gemeldet wird, nicht gewillt, sich auf ausweichende Erklärungen oder Versprechungen der Regierung einzulassen. Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamter steht zu einem organisierten Arbeiterstreik neutral.

Die Forderungen der Eisenbahner sind noch mäßig zu nennen, im Verhältnis zu dem, was die Versicherungsbeamten durch einen Generalstreik zu erzwingen suchen. Der Kampf dreht sich um die Anerkennung des sogenannten Magdeburger Tarifs, der für mittlere Versicherungsbeamte Gehälter bis zu 14 000 M. vorsieht. Werden alle diese Forderungen bewilligt, so werden die Arbeitnehmer sehr bald entdecken, daß sich ihre wirtschaftliche Lage nicht im geringsten gebessert hat. Ebenso schnell wie die Lohnerhöhungen werden die Preise steigen. Nicht die Geldzeichen sichern die Kaufkraft und die Kaufmöglichkeit, sondern nur die Erzeugung von Waren und Gütern. Wenn außer Lohnerhöhung auch erhebliche Kürzung der Arbeitszeit verlangt wird, bringen sich die Arbeitnehmer selbst um den Vorteil der gesteigerten Lohnsumme. Ueber

die Streikbewegung im Versicherungsgewerbe

liegen die folgenden Meldungen vor:

+ **Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Hauptausschuß der Angestellten im Versicherungsgewerbe hat gestern nachmittag beschlossen, für heute den Generalstreik im Versicherungsgewerbe zu proklamieren, nachdem das Abstimmungsergebnis vorliegt und auch die Beschlüsse des Reichsarbeitsministeriums, die Parteien zu Verhandlungen zu bewegen, gescheitert sind. Der Beginn des Generalstreiks war für heute früh angesetzt. Inzwischen ist eine neue Sachlage dadurch eingetreten, daß die drei Angestelltenverbände sich gestern nachmittag in einer Zusammenkunft im Reichsarbeitsministerium auf gemeinsame Beratung verständigten.**

o. **Leipzig, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Vom Zentralverband der Angestellten Leipzigs wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, am heutigen Donnerstag in den Streik einzutreten. Es handelt sich in Leipzig um 2000 Versicherungsangestellte.**

* **Dresden, 8. Januar. Die Dresdner Versicherungsangestellten werden sich, wie wir erfahren, bis auf wenige Ausnahmen der Streikbewegung anschließen. Für heute Donnerstag abend ist eine Versammlung nach dem „Caralagarten" einberufen worden, in der endgültig beschlossen werden soll, ob man morgen früh in den Streik treten soll.**

Wie weiter aus Berlin vom Zentralverband der Angestellten gemeldet wird, haben sich die Arbeitnehmerorganisationen dahin geeinigt, daß dem Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände nach Maßgabe der von ihm vertretenen Mitgliederzahl drei Vertreter für die Tarifverhandlungen vom Zentralverband der Angestellten zugestanden worden sind, während die Vertreterzahl des Zentralverbands unbeschränkt bleibt. Der Verband der leitenden Angestellten wird nicht als Angestellten-Organisation angesehen. Alle in Frage kommenden Verbände haben weiter die von ihnen ausgearbeiteten Tarifentwürfe gemeinsam zur Verhandlung gestellt. Eine Zurücknahme des Streiks für Berlin war aus technischen Gründen nicht mehr möglich, für das Reich, für das der morgige Tag als Streikbeginn festgesetzt war, fällt vorderhand der Streikgrund fort. Wenn die Arbeitgeber bis heute mittag erklärt haben, daß sie auf der neuen Grundlage verhandeln wollen, so wird auch in Berlin die Arbeit am Freitag wiederaufgenommen werden. Die Versicherungsgesellschaften haben Vorkehrungen getroffen, um den Betrieb auch während des Streiks aufrechterhalten. Die Frage der Weiterführung der Geschäfte gestaltet sich bei den einzelnen Anhalten verschieden. Verhältnismäßig wenig würden die Lebensversicherungsgesellschaften unter dem Streik leiden, da die Frist für die Prämienzahlung zwei bis drei Monate läuft.

Die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie erklärt sich gegen den Streik im Versicherungsgewerbe und hat dementsprechend ihre Mitglieder aufgefordert, die Arbeit nicht niederzulegen. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen hat der Vereinigung seine Bereitwilligkeit erklärt, mit ihr über die von ihr erhobenen Forderungen zu verhandeln.

Der Generalstreik der Eisenbahner muß unter allen Umständen vermieden werden. Dazu kann auch die Regierung helfen, wenn sie endlich rückhaltlos erklärt, daß wirtschaftliche Lehren des Sozialismus sich nicht verwirklichen lassen. Wir brauchen für den Wiederaufbau Deutschlands gewiß den sozialen Frieden, allein er kann nicht durch Klassen- und Kampfgesetze geschaffen werden, sondern nur durch den gemeinschaftlichen Willen. Unternehmer und Arbeiter sind nicht Gegensätze, sondern helfen mit verschiedenartigen Aufgaben im Dienst der Wirtschaft. Wenn der Verkehr im Reiche zum Stillegen kommt, dann nützen den Eisenbahnern die erzielten Lohnerhöhungen nichts, weil die Wirtschaft dann völlig zerbrochen ist. Der Streik der Versicherungsbeamten hat an sich weniger schlimme Folgen. Es handelt sich vielleicht um 200 000 Angestellte. Ihr Verlangen ist zum Teil berechtigt, aber die Mittel, die sie gewählt haben, sind falsch. Die Geldentwertung wird zunehmen, weil alle Lohnforderungen ja nur durch Vermehrung der Geldzeichen befriedigt werden, nicht durch Verstärkung der Erzeugung an Gütern. Und darauf kommt es schließlich an.

*

Die Verhandlungen

Zwischen Vertretern dreier Eisenbahnerverbände einerseits und Mitgliedern der Mehrheitsparteien der preußischen Landesversammlung und der Staatsregierung anderseits fand Mittwoch nachmittag eine gründliche Aussprache über den gesamten Komplex der Lohnfragen der Eisenbahner statt, die aber nur orientierenden und unverbindlichen Charakter hatte. In einer der nächsten Sitzungen wird sich das Staatsministerium mit der vom Deutschen Eisenbahnerverbande eingereichten Eingabe befassen. — In dem gestrigen Berichte über den Gang der Tarifverhandlungen bei der Eisenbahn ist ein Versehen unterlaufen. Der Stundenlohn der obersten Wirtschaftsklasse ist auf 8,50 M. vereinbart worden, nicht für einen ungelernten Arbeiter, wie es in der gestrigen Meldung hieß, sondern für den Handwerker.

Drei von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld, einberufene große Versammlungen in Köln, Aachen und Düren nahmen zu der schwebenden Gehalts- und Teuerungsfragen Stellung. In einer Entschließung wird anstatt der Gewährung einer gleichmäßigen Teuerungszulage von 150 Proz. aus sozialen Rücksichten folgende Abstufung gefordert: 175 Proz. Teuerungszuschlag für die unteren Einkommen, 150 Proz. für die mittleren und 100 Proz. für die höheren Einkommen. Außerdem wird die sofortige Inangriffnahme der neuen Lohn- und Gehaltsreform verlangt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die Bundesleitung Berlin des Gewerkschaftsbundes der Beamten folgende Anweisung an die Geschäftsstellen im Reiche gegeben: Der Reichskanzler sagte erneute Verhandlungen mit Reichsrat und Nationalversammlung unter Zuziehung der Beamtengewerkschaften über Erhöhung der Teuerungszulagen in den nächsten Tagen zu. Uebereilte Handlungen gefährden die Handlungsfähigkeit. — Wie die „Deutsche Allg. Ztg." mitteilt, hat der Reichsfinanzminister auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung jetzt u. a. erwidert, es bestehe die Absicht, die Beamtenbesoldungsnovelle den gesetzgebenden Körperschaften tunlichst so zeitig vorzulegen, daß sie zum 1. April 1920 in Kraft gesetzt werden könne.

Die Forderungen der sächsischen Eisenbahner

Wie wir hören, haben die Eisenbahnarbeiter den von ihnen aufgestellten Lohntarifentwurf zurückgezogen, da er von den Verhältnissen überholt sei. Sie wollen den Tarif umarbeiten und haben gefordert, daß inzwischen die Löhne um 75 Prozent erhöht werden. Diese Forderung ist von der Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen dem Zwangministerium unterbreitet worden, das aller Voraussicht nach wegen der notwendigen Konsequenzen die Entscheidung dem Gesamtministerium überlassen wird. Wie wir hierzu noch erfahren, ist am Mittwoch bereits eine vorläufige Entscheidung in der Richtung gefallen, daß die sächsische Regierung das Ergebnis der Berliner Verhandlungen abwarten will. Angesichts des wahrscheinlich am 1. April erfolgenden Uebergangs der sächsischen Eisenbahnen ans Reich fühlt sich die sächsische Regierung verpflichtet, nicht ohne Fühlungnahme mit Berlin vorzugehen. — Wie wir hören, wird der sächsischen Volkskammer in den nächsten Tagen eine Vorlage über eine mäßige Erhöhung der Teuerungszulagen der Beamten zugehen.

*

Die Industriellen beim Reichspräsidenten

Das Wolff-Bureau meldet aus Berlin: Der Reichspräsident empfing im Beisein des Reichskanzlers Bauer und der Reichsminister Schiffer und Mayer das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Der Verbandsvorsitzende Dr. Sorge zeichnete in längeren Ausführungen die Lage der deutschen Industrie und brachte die einzelnen Wünsche der Industrie zum Ausdruck. Insbesondere wies er auf die einseitige Berücksichtigung der Verbraucherinteressen hin. Der Redner bat den Reichspräsidenten, seinen ganzen Einfluß mit allem Nachdruck dahin geltend zu machen, daß im neuen Jahre eine einheitlich und kraftvoll durchgeführte Produktionspolitik getrieben würde. Dr. Sorge fügte seinen Ausführungen noch hinzu, daß er sie nicht so aufzufassen bitte, daß darin Hoffnungslosigkeit oder mangelnder Wille zur Mithilfe enthalten wäre. Die Vertreter der Industrie gäben sich der Auffassung hin, daß, wenn der Weg, den sie empfehlen, beschritten werde, die Aufgabe zu lösen sei.

In seiner Erwiderung führte der Reichspräsident u. a. aus, die Erfüllung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes habe heute allen andern Ausgaben voranzugehen. Die Regierung sei sich jedoch darüber klar, daß die Erreichung dieses Zieles im Innern nicht nur von der möglichst freien Betätigung der Unternehmer, sondern auch von andern Bedingungen abhänge, deren Erfüllung in gleicher Weise Voraussetzung des Erfolges sei. Eine dieser Voraussetzungen sei die Hebung der stark gesunkenen Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer. Die Reichsregierung sei entschlossen, jeder unberechtigten Arbeitsverweigerung im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der Arbeitnehmer selbst entgegenzutreten. Sie erblicke aber auch anderseits ihre Aufgabe darin, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer so zu erfüllen, wie es zur vollen Entfaltung der gewerblichen Produktion erforderlich sei. Im Interesse der Arbeitgeber selbst liege es, Maßnahmen, die dem Geist sozialer Fortentwicklung der ganzen Welt entsprechen, bereitwillig auf sich zu nehmen, statt sich bis zuletzt dagegen zu wehren und sie sich erst aufzwingen zu lassen. Weiterhin könne ohne die Gesundung unserer zerrütteten Finanzen die volle Entfaltung unsrer Produktionsfähigkeit weder erreicht noch wirksam werden. Die Finanzlage Deutschlands erfordere gebieterisch durchgreifende Maßnahmen. Den Vorwurf einseitiger Interessenpolitik wies der Reichspräsident mit aller Entschiedenheit zurück. Von der vaterländischen Gesinnung der Industrie erwarte er, daß sie in Würdigung aller Schwierigkeiten und Hemmungen der bittern Notwendigkeit der Lage gerecht werde.

Im Anschluß daran wurde in mehrstündiger Aussprache die wirtschaftliche Lage des Reiches nach den verschiedensten Seiten erörtert. In den praktischen Fragen trat dabei weitgehende Uebereinstimmung zutage.

Die Reichsrücklieferungskommission

Unter der Bezeichnung Reichsrücklieferungskommission ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau eine besondere Stelle errichtet worden. Sie übernimmt die Ausführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Rücklieferung von Gegenständen aus dem Besitz von Angehörigen der bisher feindlichen Staaten, soweit sie sich auf deutschem Gebiet feststellen lassen. Zu den Gegenständen gehören insbesondere Maschinen und Material, mit dessen Rückgabe bereits auf Grund der Waffenstillstandsabkommen begonnen ist, ferner Wertpapiere. Ausgenommen von der Zuständigkeit der Kommission ist die Rücklieferung von Tieren und von Eisenbahnmaterial, wofür besondere Organisationen vorhanden sind. — Die Reichsrücklieferungskommission wird von einem Vorsitzenden geleitet, dessen Geschäftsräume sich in Berlin, Behrenstraße 2, befinden. Eine Abteilung wird in Frankfurt a. M. die Geschäfte der dortigen Kommission für die Rückgabe von Maschinen und Material fortführen.

Das erwartete Dementi

Aus Berlin wird gemeldet: In einer von zuständiger Stelle kommenden Zuschrift, die sich mit dem Fall des Obersten Reinhard befaßt, ist darauf hingewiesen, daß es unzutreffend ist, daß General v. Lüttwitz dem Obersten gesagt haben soll, man wolle ihn, wenn er seinen Abschied einreiche, zum General ernennen.

*

Immer noch die Handgranate

× **Unna, 7. Januar.** Nachts wurde gegen den „Hellweger Anzeiger und Boten" ein Handgranatenanschlag verübt. Von zwei gegen den Maschinensaal geworfenen Handgranaten explodierte eine im Gang. Durch den Luftdruck wurden die Fensterscheiben des Saales zertrümmert. Verletzt wurde niemand, obwohl sich sämtliche Angestellte in der Setzerei befanden.

Der uneigennützige Bundesgenosse Karl

Wie der Pariser Korrespondent des „Journal de Geneve" in einer Besprechung der Sixtusbriefe mitteilt, hat Oesterreich-Ungarn sich zu gewissen ehemen Zugeständnissen bereiterklärt unter dem Vorbehalt, daß es sich in Schlesien und Bayern entschädigen würde. Oesterreich hat also völlig schadlos auch soll noch verzichtet auf [illegible]

Das Schicksalsjahr für Oesterreich

Von unserm kd.-Mitarbeiter

Wien, 3. Januar

In trübster Stimmung irrt Oesterreich in das neue Jahr. Es sieht ja nirgends gut aus, nicht in den andern besiegten Staaten, aber auch nicht in den Siegesstaaten. Allein so schlimm wie in dem Krüppelstaat der deutschen Alpenlande lebte es doch in keinem andern Lande. Außer Oesterreich gibt es kein Land, das unausgesetzt dem Bettelstab entreißen und bald dahin, bald dorthin wandern muß, um Hilfe aus der täglich wiederkehrenden Not zu suchen. Man nennt das mit dem diplomatischen Kunstausdruck: „Verhandlungen", in der Tat aber sind es nur Almosengänge, die den Kanzler und die Staatssekretäre nach Paris zum Obersten Rate geführt haben und demnächst nach Prag und Belgrad und Warschau führen werden. Der Vertrag von St-Germain hat eben ein Staatsgebilde geschaffen, das nur zu bitten, aber im Wesen nichts zu bieten hat. Darum ist man im Westen auf das „Wohlwollen", im Osten auf den „guten Willen" der andern angewiesen. Sprachlich sind das die gleichen Worte, nur daß beim „Wohlwollen" mehr das Gönnerhafte des andern Teils zum Ausdruck kommt, beim „guten Willen" mehr die Bereitwilligkeit zur Vertragstreue, zum Einhalten der eingegangenen Verpflichtungen. Im Effekt sieht es bisher mit beiden sehr windig aus. Die Versprechungen in Paris und die Vereinbarungen mit den Nachfolgestaaten haben die allerbitterste Not von Oesterreich nicht abzuwenden vermocht.

Man kann nicht sagen, daß man auswärts mit dem Bettler nicht Mitleid habe und an rühmenswerten Werken der Barmherzigkeit fehlt es nicht. Deutschland hat da in spontaner Hilfsbereitschaft Großartiges geleistet und ohne diese Hilfe wäre das Brot in der Weihnachtswoche nicht nur qualitativ verschlechtert, sondern auch quantitativ gekürzt worden; so konnte wenigstens die bisherige, freilich schon früher gekürzte Ration verabreicht werden. Die englischen Arbeiter schicken einen Tageslohn an ihre Wiener Genossen, die Schweiz, Holland, die skandinavischen Staaten senden unausgesetzt Liebesgaben nach Wien und nicht weniger als 20 000 Wiener Kinder essen sich während der Wintermonate in der Fremde satt. Alles ruhmvoll und überaus ehrend für die Geber, aber doch peinlich für die Nehmer. Man kann nicht ewig bitten und betteln. Das Selbstgefühl wird dadurch abgestumpft, aber auch das Mitgefühl der andern. Es ist menschlich durchaus begreiflich, daß man nicht Tag für Tag mit Wehklagen über Not und Elend und mit Bitten um Hilfe behelligt sein will, und es kann ein Tag kommen, an dem auch das wohlwollendste Ausland von dem in seiner Not nudrinalichen Bittsteller sich abkehrt. Was dann? Wenn die Zubußen der Liebesgaben für Kinder und Spitäler ausbleiben und die großzügige amerikanische Auslpeisung eingestellt wird, was dann?

Almosen gewähren nur augenblickliche Aushilfe, es muß jedoch auf die Dauer geholfen werden. Da sich die Gebieter der Welt in Paris in vollständiger Verkennung der Verhältnisse und in blasser Furcht vor einem Phantom darauf steifen, die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Mutterlande zu verbieten, und die Machtverhältnisse so liegen, daß diesem Verbote vorerst gehorcht werden muß, so muß die Entente, wenn hier nicht das Chaos hereinbrechen soll, zu ausgiebiger finanzieller Hilfeleistung, die den Wiederaufbau der Produktion ermöglicht, sich entschließen. Ansätze zu dieser Hilfeleistung sind ja vorhanden. Man beginnt ja auch bei der Entente einzusehen, daß St-Germain ein Fehlgriff war. In England werden gewichtige Stimmen laut, die die Notwendigkeit der Hilfeleistung für Oesterreich verkünden, in Holland will man beträchtliche Kredite gewähren, und auch Amerika gestattet, daß das Privatkapital Europa zu Hilfe komme. Wenn Oesterreich Zeit hätte bis zum Ausreifen aller dieser Pläne, so könnte man ruhig zuwarten und günstigere Bedingungen erzielen. Aber bei der herrschenden Not muß möglichst rasch zugegriffen werden, und was dabei herauskommt, zeigt die bevorstehende Verpachtung des einträglichsten Staatsmonopols, das Oesterreich hat, des Tabakmonopols an Holland. Man muß der Entente noch dankbar sein, daß sie es von der allgemeinen Pfandklausel des Friedensvertrages befreit. Sie wird das gleiche vielleicht auch für die Staatsbahnen und für die Wasserkräfte tun, und eines Tages wird der Staat all sein Hab und Gut für Lebensmittel auf einige Monate verpfändet haben und nur auf Steuern angewiesen sein. Das sind betrübliche Aussichten auch für die Zukunft.

Naturgemäß wirken diese beklagenswerten Zustände auch auf die Stellung der Regierung zurück. Nicht daß irgendein Vernünftiger ihr allein die Schuld an diesen Verhältnissen aufhalsen möchte. Allein im öffentlichen Leben entscheidet denn doch nur der Erfolg, und daß die Regierung in der Beschaffung nicht nur von Lebensmitteln, sondern auch in der Beschaffung aller Mittel zum Leben, d. i. zur Produktion, in der Beschaffung von Kohle und Rohstoffen keinen Erfolg aufweisen kann, schwächt ihre Stellung in der großen Oeffentlichkeit. Noch besteht die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, und die Regierung beruft sich darauf, daß fünf Sechstel der Nationalversammlung von diesen beiden Parteien gestellt werden, demnach die übergroße Mehrheit der Wählerschaften hinter der Koalition und der aus dieser hervorgegangenen Regierung stehe. Das wäre richtig, wenn Ziffern allein die wahrhafte Gesinnung der Bevölkerung erweisen würden. Allein man weiß ja, daß die Christlichsozialen gar nicht „bei der Sache" sind, nur formell mittun und den Augenblick nicht erwarten können, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen. Man weiß auch, daß das freisinnige Bürgertum, das jetzt von der Führung der Staatsgeschäfte völlig ausgeschaltet ist, bei den nächsten Wahlen, die nach Annahme der neuen Bundesstaatsverfassung ausgeschrieben werden müssen, nicht so leer ausgehen wird wie bei den Februarwahlen des letzten Jahres. Es stehen also wichtige Veränderungen bevor und die Frage ist nur, ob nicht früher der allgemeine Zusammenbruch kommt. Das alles muß im Jahre 1920 sich entscheiden, und darum ist das neue Jahr ein wahres Schicksalsjahr für den Freistaat Oesterreich.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200109/1